



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 21. Juni 2021  
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

### **B 72 A Jahresbericht 2020 - Teil I und Teil II: - Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Jahresberichtes 2020 / Finanzdepartement**

Die Botschaft B 72 und die Anfrage A 557 von Armin Hartmann über den Einbruch der Investitionen im Jahr 2020 werden als Paket behandelt. Weitere Voten sind im Protokoll der [Anfrage A 557](#) zu finden.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri.

Vroni Thalmann-Bieri: Die Botschaft über den Jahresbericht ist immer ein Bericht über die Vergangenheit. Was aber niemand im Voraus schon wissen konnte, ist die Tatsache, dass das Jahr 2020 ein ganz aussergewöhnliches Abschlussjahr wird, ein Leben mit dem Covid-19-Virus, ein Auf und Ab in der Pandemie-Bedrohung, aber auch bei den Finanzen, um die Unternehmungen zu stützen. Im Budget 2020 hat man vorsichtige 11,2 Millionen Franken Ertragsüberschuss beschlossen. Da nun der gesamte Aufwand mit 3836,4 Millionen Franken zu Buche schlägt und der gesamte Ertrag 4048,9 Millionen beträgt, resultierte ein Gewinn von 212,5 Millionen Franken für das Jahr 2020. Das verbesserte das budgetierte Ergebnis erfreulicherweise um 201,3 Millionen Franken. Dazu verhalf unter anderem die einmalige beziehungsweise nicht nachhaltige Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (SNB), die 95,8 Millionen Franken höher ausgefallen ist, und die beiden Beträge aus den Nachträgen von Steuern aus Vorjahren mit 84 Millionen Franken sowie ein höherer Anteil aus den direkten Bundessteuern von 73,3 Millionen Franken. Dieses Ergebnis schlägt sich auf die Nettoverschuldung beziehungsweise auf das Nettovermögen des Kantons Luzern nieder. Wenn in der Rechnung 2019 noch eine Nettoverschuldung von 85,9 Millionen Franken vorlag, wird mit der Rechnung 2020 ein Nettovermögen von 134,8 Millionen ausgewiesen, eine Zahl, die vor einigen Jahren ohne die entsprechende Schuldenbremse nicht für möglich gehalten worden wäre. Es darf aber dabei nicht vergessen gehen, dass ein grosser Investitionsanteil im Jahr 2020 nicht erfüllt und ausgelöst werden konnte. Die Kennzahl dafür wird mit 4,4 Prozent aufgeführt statt mit dem budgetierten 7-Prozent-Anteil. In Zahlen ausgedrückt wurden von den 267,3 Millionen Franken budgetierten Nettoinvestitionen nur gerade 103,5 Millionen realisiert. Es wurden vor allem Projekte aus dem Strassenbau und dem Wasserbau sowie bei den Hochbauten nicht getätigt. Im statistischen Ausgleichskonto befinden sich nun neu 455,2 Millionen Franken. Das gibt dem Kanton Luzern etwas «Abfederung» und das Gefühl einer guten Notreserve bei weiteren nicht voraussehbaren finanziellen Ereignissen im laufenden Corona-Jahr 2021. Die PFK hat die Botschaft B 72 über den Jahresbericht 2020 an der Sitzung vom 7. Juni 2021 beraten. In der Eintretensdebatte zeigten sich die meisten Fraktionen über das Ergebnis grundsätzlich erfreut und würdigten es positiv. Einzig bei nicht genügend vorhandenen Fachkräften in diversen Funktionen mahnen die Parteien zur Vorsicht. Da

müsse mehr unternommen werden, um gewisse Ressourcen beim Personal zu erreichen. Wie jedes Jahr sehen die Parteien die Steuerstrategie aus verschiedenen Blickwinkeln und kommen auch dieses Jahr nicht zum gleichen Schluss. Auch das Thema der nicht getätigten Investitionen wurde mehrmals betont, vor allem dass hier wieder aufzuholen sei. Das Eintreten auf die Botschaft B 72 wurde einstimmig beschlossen. Die Hearings mit allen Departementen, der Staatskanzlei, dem Kantonsgericht sowie den Vertretern des Luzerner Kantonsspitals (LUKS) und der Luzerner Psychiatrie (Lups) führten wir anschliessend durch und konnten alle unsere Fragen beantworten lassen. Was zu wenig oder nicht beantwortet werden konnte, wurde im Protokoll noch ergänzend nachgeführt. Das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement (BUWD) hat keinen Mitbericht, und das Postulat P 187 wird nicht abgeschrieben. Beim Bildungs- und Kulturdepartement (BKD) werden per Mitbericht der EBKK zwei Vorstösse, die Postulate P 288 und P 101, nicht abgeschrieben. Die Staatskanzlei, das Gerichtswesen sowie das Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) haben keine Mitberichte. Das Gesundheits- und Sozialdepartement (GSD) hat eine Feststellung, die keine Abstimmung zur Folge hatte. Beim Finanzdepartement (FD) werden zwei Vorstösse, die Postulate P 36 und P 34, nicht abgeschrieben. Schlussendlich wurden fünf Vorstösse von der PFK als nicht abzuschreiben erklärt. Die PFK hat beschlossen, den Jahresbericht 2020 einstimmig zu genehmigen. Bei der Schlussabstimmung der Abschreibungen hat die PFK einstimmig die angepasste Form beschlossen. Die PFK beschloss mit 16 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung den Bericht über die Umsetzung der Beteiligungsstrategie zu genehmigen. Die Jahresberichte des LUKS und der Lups wurden nach deren Präsentationen und Antworten auf die gestellten Fragen zur Kenntnis genommen. Am 2. Juni 2021 durfte die PFK eine Informations- und Fragestunde mit der Finanzkontrolle mit der Leiterin Karin Fein abhalten. Die diversen Fragen wurden dort sehr fachkundig beantwortet. Herzlichen Dank. Ein weiterer Dank geht an Finanzdirektor und Regierungspräsident Reto Wyss und sein Team, da die Informationen aus dem Finanzdepartement immer frühzeitig sehr transparent an die PFK kommuniziert werden und so das gegenseitige Vertrauen gefördert wird. Ebenfalls allerbesten Dank den Vertretern aus den diversen Departementen für das sehr effiziente Arbeiten in den Hearings. Zum Schluss danke ich den Damen und Herren der PFK für das effiziente Schaffen in der Kommission und die angenehme Zusammenarbeit.

Für die CVP-Fraktion spricht Guido Roos.

Guido Roos: Vorab bedanken wir uns bei der Luzerner Regierung für das Titelbild auf der Botschaft B 72 A. Bei der Beratung des Budgets 2020 im Herbst 2019 hatten wir erläutert, dass wir, der Kanton Luzern, uns finanzpolitisch im zweiten Teil einer schwierigen Kurve befinden, und die CVP hatte dazu aufgerufen, auch diesen zweiten Teil mit Augenmass zu fahren, um wieder richtig Boden unter den Füßen zu erhalten. Wir finden, der Luzerner Regierungsrat hat unseren Appell vom Herbst 2019 mit dem Titelbild auf dem Jahresbericht 2020 bildlich sehr gut umgesetzt. Der Regierungsrat hat unseren Appell im vergangenen Jahr jedoch nicht nur bildlich, sondern auch in der Wirklichkeit gut umgesetzt. Das vergangene Jahr war für uns alle extrem durch die Corona-Pandemie geprägt. Corona hat dadurch auch die Politik auf kantonaler und nationaler Ebene stark geprägt. Als Kanton Luzern haben wir diese Krisensituation aber gut gemeistert, obwohl sie für uns mit vielen Einschränkungen verbunden war. Hoffen wir, dass wir die Pandemie bald bewältigt haben und einen schönen Sommer und Herbst mit möglichst geringen Einschränkungen erleben dürfen. Auch finanziell hat der Kanton Luzern die Corona-Pandemie gut gemeistert. Das hat mehrere Gründe, welche teils ausserhalb unseres Handlungsspielraumes liegen. Erwähnt seien an dieser Stelle die grosszügige finanzielle Hilfe durch den Bund und die ausserordentlichen Ausschüttungen der SNB. Entscheidend war jedoch auch, dass der Kanton Luzern seine Rolle in der Krisenbewältigung mit dem subsidiären Ansatz finanziell sehr gut wahrgenommen hat. Dementsprechend ist die durch Corona ausgelöste Netto-Gesamtbelastung im letzten Jahr mit 51 Millionen Franken tragbar. Sie ist jedoch auch tragbar, weil wir in den vorangegangenen Jahren mit unserer und von der CVP vorgespürten Finanzpolitik die kantonsinternen Hausaufgaben gemacht haben und nun finanziell auf

gesundem Boden stehen. Mit einem Ertragsüberschuss von 212,5 Millionen Franken schliesst die Erfolgsrechnung sehr gut ab. Trotzdem gibt es für uns einige kritische Bereiche. Leider hat sich die Situation betreffend den Mangel an Fachkräften im Kanton Luzern nicht verbessert. Für viele Funktionen ist es für unseren Kanton herausfordernd, die geeigneten Fachkräfte zu finden und diese auch zu halten. Speziell von dieser Situation betroffen sind die Dienststellen Informatik (DIIN), Steuern und Verkehr und Infrastruktur (Vif). Im JSD wurden mehrere Globalbudgets nicht erreicht. Zudem haben auch zwei Bereiche die budgetierten Personalbestände überschritten. Wir haben deshalb dazu in der Beratung in der PFK entsprechende Fragen gestellt. Die erhaltenen Antworten haben uns nur teilweise überzeugt. Die Ertragsseite hat sich im letzten Jahr sehr erfreulich entwickelt. Diese Entwicklung ist jedoch zum grössten Teil auf Sondereffekte zurückzuführen. Die höhere Ausschüttung der SNB trägt mit 95,8 Millionen Franken wesentlich dazu bei. Auch sind die Nachträge bei den Steuern aus den Vorjahren mit 84 Millionen Franken sehr hoch ausgefallen. Sehr erfreulich ist die deutliche Steigerung bei den Anteilen an der direkten Bundessteuer. Wir sind uns bewusst, dass diese Steigerung massgeblich durch eine einmalige Sonderzahlung bewirkt wurde. Trotzdem sind wir überzeugt, dass ein Teil der Steigerung der Bundeserträge nachhaltig sein wird. Ein Wermutstropfen ist, dass die budgetierten Steuererträge bei den juristischen Personen erneut nicht erreicht werden konnten. Wir rechnen jedoch damit, dass die Steuererträge der juristischen Personen in den Nach-Corona-Zeiten nur moderat zurückgehen werden. Sorgen macht uns die Investitionsrechnung 2020. Das Budgetziel wurde vor allem im Strassenbau und im Hochwasserschutz deutlich nicht erreicht. Es besteht die Gefahr, dass der Kanton Luzern in einen grossen Rückstand bei den Investitionen gelangt. Wir fragen uns, ob zur Lösung dieser Situation allenfalls neue Ansätze gesucht werden müssen. Im Zusammenhang mit der Investitionsrechnung 2020 danken wir dem Kollegen Armin Hartmann für die Anfrage A 557 und der Regierung für die rasche und gute Beantwortung dieser Anfrage. Dank dem guten Ergebnis 2020 hat sich die Vermögenslage unseres Kantons deutlich verbessert. Wir konnten in den letzten Jahren viele Schulden abbauen und verfügen aktuell über ein Nettovermögen. Die Schuldenbremse kann aktuell gut eingehalten werden. Das sind gute Voraussetzungen, um die anstehenden Investitionen und Herausforderungen realisieren beziehungsweise lösen zu können. Dabei gilt es weiterhin den finanzpolitisch eingeschlagenen Weg mit Augenmass weiterzuverfolgen. Die PFK beantragt, fünf Postulate nicht abzuschreiben. Wir werden die Nichtabschreibung der folgenden drei Postulate unterstützen: P 34 von Ruedi Amrein, P 36 von Daniel Piazza und P 288 von Adrian Bühler. Bei den andern vier zur Nichtabschreibung beantragten Postulaten sind für uns die Antworten der Regierung schlüssig, und wir werden dementsprechend die von der Regierung beantragte Abschreibung unterstützen. Die CVP wird den Jahresbericht 2020 genehmigen. Dem Bericht über die Umsetzung der Beteiligungsstrategie wird die CVP zustimmen. Wir bedanken uns bei allen, die zum guten Ergebnis beitragen haben, allen voran den Mitarbeitenden des FD unter der Leitung von Regierungspräsident Reto Wyss. Seit über einem Jahr prägt die Corona-Pandemie unser Leben sehr stark. Über alles gesehen haben wir als Gesellschaft und die ganze Schweiz diese Situation gut bis sehr gut gemeistert. Entscheidend war jedoch immer das Funktionieren des Gesundheitswesens. Uns wurde mit dieser Pandemie sehr deutlich der Wert eines funktionierenden Gesundheitswesens vor Augen geführt und der Wert der Gesundheit im Allgemeinen. Tragen wir Sorge zu diesen Errungenschaften. Im Namen der CVP-Fraktion danke ich allen Mitarbeitenden im Gesundheitswesen, allen Pflegenden, allen Ärzten und weiteren Beteiligten, für den riesigen und kräftezehrenden Einsatz zugunsten der Bevölkerung unseres Kantons und zur Bewältigung dieser Pandemie. Herzlichen Dank. Die CVP ist für Eintreten auf die Botschaft B 72 A und 72 B.

Für die SVP-Fraktion spricht Reto Frank.

Reto Frank: In den letzten Jahren hat sich der Kanton Luzern strukturell und finanziell stark verbessert und den Schuldenberg so weit abgetragen, dass die finanzielle Lage es erlaubt, neue und für die Bevölkerung wichtige Investitionen zu tätigen. Diese Reformen

haben nicht nur dem Kanton, sondern ebenso den Gemeinden gute Abschlüsse gebracht, wie die eben veröffentlichten Zahlen gezeigt haben. Letztes Jahr hat der Kanton Luzern Schutzmassnahmen für seine Bevölkerung gegen die Ansteckung mit dem Corona-Virus einführen und umsetzen müssen. Die Umstände haben die Gesellschaft und die Unternehmen in ihrer Freiheit und in ihren Aktivitäten stark eingeschränkt. Das ist wohl für alle in diesem Ausmass neu gewesen. Investitionen in Sachanlagen haben wegen Projektverzögerungen aus verschiedenen Gründen nicht plangemäss gestartet werden können; insbesondere im Bereich Strassen und Verkehrswege sind wegen Kreditüberträgen insgesamt Minderausgaben von 180,9 Millionen Franken entstanden. Darunter fallen auch Verzögerungen von wichtigen Investitionen, zum Beispiel in den Schutz der Gesellschaft vor Hochwasser. Gerade da sollten die geplanten Investitionen möglichst schnell vorangetrieben werden, schon weil die Klimaveränderung die Risiken auch in diesem Bereich deutlich erhöhen wird. Trotz Pandemie-Krise im Jahr 2020 konnte der Fiskalertrag um 2,4 Prozent gesteigert werden. Die Folgen der Krise werden wohl erst im Rechnungsjahr 2021 bemerkbar werden. Der Kanton ist aber gut aufgestellt. Dank seinen Reformen hat er an Resilienz gewonnen. Zudem beobachtet er Ausgaben zur Linderung von Härtefällen und andere Mehrkosten zur Bekämpfung der Corona-Pandemie sehr genau und hat die PFK-Mitglieder regelmässig und umfassend informiert. An dieser Stelle ist den Verantwortlichen und den Mitarbeitenden des FD für die Extraleistungen, aber auch den Luzerner Spitälern für ihre Bereitschaft und für ihre Vorhalteleistungen zugunsten der Luzerner Bevölkerung ein grosses Dankeschön auszusprechen. In seiner Kantonsstrategie 2019 hält der Kanton Luzern fest, dass er als Referenz für digitale Prozesse und digitale öffentliche Leistungen gelten will. Als «digitaler Kanton» ist er bereits daran, in all seinen Hauptaufgabenbereichen seine Prozessabläufe zu digitalisieren. Dabei will er seine Dienstleistungen effizienter und kundenorientierter gestalten. Die Digitalisierung wird deshalb in all seinen Aufgabenbereichen zunehmen. Es müssen Anschaffungen von IT-Anlagen und von aufgabenspezifischer Software getätigt werden. Die Kosten dafür werden künftig relativ hoch sein. Die Evaluation und Anschaffung von Soft- und Hardware-Leistungen, aber auch die Projektierungen von digitalen Prozessen bergen grosse finanzielle Risiken. Das zeigen Erfahrungen mit solchen Projekten auf allen Staatsebenen. Um solche Risiken möglichst tief zu halten, muss auf ein kompetentes und erfahrenes Projektmanagement zurückgegriffen und Spezialisten müssen hinzugezogen werden. Generell ist im Jahresbericht festzustellen, dass der Kanton Luzern seit Längerem mit einem Fachkräftemangel kämpft und an gewissen Orten deswegen mit seinen Vorhaben nicht vorankommt. Es sind deshalb verschiedene Massnahmen vom Kanton zu prüfen und anzugehen, damit er genügend Fachkräfte für seine Arbeiten bekommt und sie auch halten kann, damit er seine Aufgaben in hoher Qualität und effizient erledigen und notwendige Investitionen vorantreiben kann. Die finanzielle Lage des Kantons Luzern ist wie bereits erwähnt sehr gut. Das zeigt, dass die durchgeführten Reformen in den letzten Jahren jetzt Früchte tragen. Verschiedene Umstände haben sogar für ein Nettovermögen gesorgt. Eine höhere Ausschüttung der SNB, Staatssteuernachträge aus dem Vorjahr und ein höherer Ertrag aus dem Anteil an den direkten Bundessteuern haben letzten Endes zu einem Ertragsüberschuss in der Höhe von 212,5 Millionen Franken geführt. Insgesamt präsentiert der Jahresbericht 2020 also ein erfreuliches Ergebnis. Auf der anderen Seite sind aus verschiedenen Gründen einige wichtige Investitionen nicht wie vorgesehen ausgeführt worden. Wir hoffen, dass im laufenden Geschäftsjahr die vorgesehenen Investitionen gestartet werden können und wir alle es schaffen, den Umgang mit der Pandemie gut in unseren Alltag zu integrieren. Die SVP genehmigt die Abschreibung aller Vorstösse, ausser die fünf von der PFK-Präsidentin erwähnten Vorstösse: die Postulate P 288, P 101, P 187, P 36 und P 34. Die SVP genehmigt den Bericht über die Umsetzung der Beteiligungsstrategie. Die SVP-Fraktion tritt auf die Botschaft B 72 A, B und C ein.

Für die FDP-Fraktion spricht Franz Räber.

Franz Räber: Die Corona-Krise hat die Schweizer Wirtschaft im letzten Jahr voll getroffen. Allerdings konnten die wirtschaftlichen Auswirkungen abgefedert werden, indem viele

Unternehmen rasch Überbrückungskredite erhielten und viele Angestellte Kurzarbeit anmelden konnten. Ausgestanden ist die Krise aber noch nicht, sie wird uns in diesem und auch im nächsten Jahr stark beschäftigen. Für den vorliegenden Jahresbericht und das Resultat des Rechnungsabschlusses zusammen mit den grossen, ausserordentlichen Aufgaben, welche durch die Corona-Pandemie bewältigt werden mussten, danken wir der Regierung, der Verwaltung und den Staatsangestellten unseres Kantons ganz herzlich. Dank dem sorgfältigen Umgang mit den Mitteln in der Verwaltung konnten bei sechs Hauptaufgaben die Globalbudgets unterschritten werden. Bei den vier Hauptaufgaben, bei welchen eine Verschlechterung ausgewiesen werden musste, haben sich vor allem die Folgen der Corona-Pandemie abgezeichnet. Dies waren zum Beispiel Mindererträge bei der Sicherheit und öffentlichen Ordnung, Ausfallentschädigungen bei Kultur und Sport und die Unterstützungsmassnahmen bei der Volkswirtschaft. Der Überschuss von 212,5 Millionen Franken zeigt klar, dass sich die Massnahmen der letzten Jahre weiterhin auszahlen. Damit wird das budgetierte Ergebnis um 201,3 Millionen übertroffen. Dieser Überschuss ist auf drei wichtige Faktoren zurückzuführen: Erstens sind vor allem Staatssteuernachträge aus vergangenen Jahren dafür verantwortlich, welche gesamthaft gegenüber den budgetierten Einnahmen um 3,3 Prozent höher ausfielen. Im Detail heisst das, dass die Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen gegenüber der Rechnung 2019 um 14,6 Prozent höher und bei den juristischen Personen um 14,8 Prozent höher als im Rechnungsjahr 2019 zu Buche schlugen. Als Zweites ist der Anteil der Bundessteuern gegenüber dem Budget um 27,9 Prozent höher als im Vorjahr, und zu guter Letzt, aber natürlich sehr entscheidend ist die dreifache Gewinnausschüttung der SNB für das sehr positive Resultat der Rechnung 2020 mitverantwortlich. Wichtig ist hier aber auch zu erwähnen, dass der erhöhte Anteil der Bundessteuern als Einmaleffekt zu werten ist und nicht nachhaltig sein wird. Ebenfalls wichtig finden wir, dass diese bereits erhöhten Steuereinnahmen noch positiver gewesen wären ohne die bereits eingerechneten Mindererträge infolge der Corona-Pandemie. Die Pandemie wirkt sich in der Rechnung 2020 total mit 51 Millionen Franken negativ auf das Resultat aus. Mit diesem guten Resultat wächst das statistische Ausgleichskonto auf einen Betrag von 455,2 Millionen an. Die bisherige Nettoverschuldung des Kantons Luzern konnte mit dem guten Resultat 2020 in ein Nettovermögen von 134,8 Millionen umgewandelt werden. Der Kanton Luzern ist damit dank seiner Steuer- und Finanzpolitik, wofür die FDP immer gekämpft hat, definitiv auf dem richtigen Weg. Dieser eingeschlagene und richtige Weg des Kantons Luzern ist nun auch definitiv bei der Bevölkerung auf grosse Zustimmung gestossen, wie das die Befragung von Lustat Anfang Jahr zeigt. Dieses Resultat schafft uns nun den notwendigen Handlungsspielraum, um die aktuellen und künftigen ausserordentlichen finanziellen Herausforderungen bewältigen zu können. Was die FDP aber auch sehr beschäftigt ist, dass einmal mehr von den geplanten Investitionen im Jahr 2020 61,3 Prozent, also mehr als die Hälfte der geplanten Nettoinvestitionen nicht realisiert wurden. Dabei konnten vor allem beim Strassenbau, beim Hochbau, beim Wasserbau und bei der Informatik geplante Projekte nicht angegangen und umgesetzt werden. Die Begründungen der verschiedenen Abteilungen sind meist vergleichbar. Immer wieder liest man im Jahresbericht, dass an vielen Stellen die geeigneten Fachpersonen fehlen und auf dem Arbeitsmarkt nicht verfügbar sind, dazu auch die Antwort zur Anfrage A 557 von Armin Hartmann. Auch dort geben ergänzende Antworten im gleichen Stil noch nicht entsprechende Lösungsvorschläge. Wir fordern die Verwaltung nun wirklich auf, alle Voraussetzungen zu schaffen, dass die geplanten Investitionen jetzt realisiert werden können, denn die Konsequenzen werden sonst unsere nächsten Generationen ausbaden müssen. Zusammenfassend sind es der FDP wichtige Anliegen, dass wir weiterhin sorgsam mit unseren Mitteln umgehen, damit wir die grossen anstehenden Herausforderungen meistern können, und dass der Kanton Luzern imstande ist, die geplanten Investitionen umzusetzen und ein besonderes Augenmerk auf die Verpflichtung von Fachpersonen gelegt wird und dabei auf die gesamten Anstellungsbedingungen geachtet wird. Wir treten auf die Botschaft B 72 ein und stimmen dem Jahresbericht 2020 zu. Bei den Abschreibungen von Postulaten und Motionen folgen wir der Regierung mit den Anträgen, welche die PFK

vorschlägt, und wir schlagen vor, den Bericht über die Umsetzung der Beteiligungsstrategie zu genehmigen.

Für die SP-Fraktion spricht Michael Ledergerber.

Michael Ledergerber: Das Gesamtergebnis der Erfolgsrechnung zeigt in der Jahresrechnung 2020 einen Ertragsüberschuss von 212,5 Millionen Franken. Hauptgrund dafür sind die zusätzlichen Ausschüttungen der SNB, vor allem aber die viel höheren Steuereinnahmen als budgetiert bei den natürlichen Personen. Die Steuereinnahmen der natürlichen Personen liegen gut 65 Millionen Franken über dem Budget. Einmal mehr weit, sehr weit hinter den Erwartungen bleiben die Einnahmen bei den juristischen Personen. Um mehr als 23 Millionen Franken wurde der budgetierte Betrag nicht erreicht. Da sich die Steuereinnahmen auf das Steuersubstrat von 2019 beziehen, können die tiefen Steuereinnahmen bei den juristischen Personen auch nicht mit der Corona-Pandemie begründet werden. Seit Jahren werden jeweils im Voranschlag optimistische Steuereinnahmen bei den Unternehmenssteuern budgetiert, und seit Jahren werden diese nie erreicht. Sie stagnieren durchschnittlich bei ungefähr 120 Millionen Franken. Es zeigt sich auch im Jahr 2020 einmal mehr: die natürlichen Personen finanzieren weiterhin die Tiefsteuerstrategie des Kantons Luzern. Mit diesem Abschluss hat der Kanton Luzern die voraussichtlichen finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie mehrheitlich schon finanziert. Deshalb löst der Ertragsüberschuss auch etwas Unbehagen aus, denn er zeigt, dass es dem Regierungsrat durchaus möglich gewesen wäre, im vergangenen Jahr bei den verschiedenen Corona-Unterstützungen proaktiver zu agieren. All die Warnungen und Erklärungen, mehr finanzielle Unterstützung liege einfach nicht mehr drin, obwohl die Mittel vorhanden gewesen wären, sind heute für mich noch schwieriger nachzuvollziehen. Die Nettoschulden konnten per 31. Dezember 2020 um 220,6 Millionen Franken abgebaut werden, sodass per Ende Jahr ein Nettovermögen von 134,8 Millionen Franken besteht. Das Ausgleichskonto ist auf 455 Millionen angewachsen. Mit mehreren Abbau- und Sparpaketen hat die Bevölkerung in den vergangenen Jahren viel dazu beigetragen und auch wegen der vielen Abbaumassnahmen sicher gelitten. Über Jahre mussten sie die Steuergeschenke an Grossunternehmen tragen. Nun ist es dringend an der Zeit, dass die Luzerner Bevölkerung von der verbesserten finanziellen Lage auch profitieren kann. Allein bei den Prämienverbilligungen müsste der Kanton Luzern mindestens 70 Millionen Franken mehr zur Verfügung stellen für eine ordnungsgemässe Umsetzung der verfassungs- und bundesrechtlichen Vorgaben. Genauso ist der Kanton Luzern in der Pflicht, sich stärker zu engagieren, damit den Menschen, die durch Corona ihre wirtschaftliche Existenz verloren haben, der Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt gelingt. Im Bereich der Kultur müssen die vielen Entwicklungsprojekte und Weiterentwicklungen mit den nötigen Ressourcen angegangen werden, damit endlich zum Beispiel bei den Museen über den Inhalt – also über ein Betriebskonzept – diskutiert werden kann statt über die Hülle. Investitionen konnten nicht getätigt werden, weil unter anderem Personalressourcen fehlen. Das Thema der knappen Personalressourcen und des Fachkräftemangels zieht sich im Jahresbericht 2020 fast durch alle Departemente. Dieser Umstand muss zu denken geben. Die Anforderungen für das Personal werden immer höher, die Aufgaben werden immer mehr, die Belastung sowie der ständige Druck werden immer stärker, und dadurch erhöht sich auch das Risiko krankheitsbedingter Ausfälle. Eine Ressourcenknappheit im Rahmen der zahlreichen vergangenen Sparpakete wurde leider bewusst in Kauf genommen. Das Thema ist seit Jahren ständiger Begleiter im politischen Diskurs. Leider hilft diese Tatsache niemandem. In diesem Bereich müssen wir aufholen und handeln. Es braucht jetzt zwingend Massnahmen und Interventionen, um der Personalknappheit entgegenzuwirken. Zu den Jahresberichten des LUKS und der Lups werden wir uns bei den jeweiligen Traktanden noch äussern. Zum Schluss danken wir allen Beteiligten und allen Mitarbeitenden in den Departementen für die geleistete Arbeit im schwierigen und intensiven letzten Jahr. Die SP ist für Eintreten.

Für die G/JG-Fraktion spricht Urban Frye.

Urban Frye: Wir haben jetzt schon ein paar Mal gehört, wie toll wir diese Krise gemeistert haben. Dabei ist die wirkliche Krise, die wirkliche Katastrophe gar nicht eingetroffen. Statt

stolz auf unsere Leistungen zu sein, sollten wir demütig und dankbar sein. Wir hatten unheimliches Glück. Christian Mumentaler, Chef der Swiss Re, einem der grössten Rückversicherer der Welt, sagte in einem Interview in «Der Zeit», dass sie als das absolute Best-Case-Szenario angenommen haben, dass der Impfstoff im Dezember 2020 entwickelt sein könnte, und genau das ist eingetroffen. Was würden wir tun, wenn der Impfstoff noch nicht da wäre? Wie sähe dann unsere Gesellschaftsordnung aus? Was wäre, wenn in sechs Monaten die Geschäfte immer noch geschlossen wären, die Kinder nicht zur Schule gehen könnten, die Menschen in den Altersheimen weiterhin einsam sterben müssten? Die Wahrscheinlichkeit dafür war um ein Mehrfaches grösser, als dass das eintreffen würde, was wir jetzt haben. Können Sie sich vorstellen, wie diese Zunahme an Gehässigkeit in der Diskussionskultur mit jeder weiteren Woche der behördlich verordneten Massnahmen grösser geworden wäre und gleichzeitig auch das Leid, die Verzweiflung, die seelischen Beeinträchtigungen der am ärgsten Betroffenen? Können Sie sich vorstellen, wie die sich abzeichnende Gewaltbereitschaft weiter angestiegen wäre? Dass das alles nicht eingetroffen ist, haben wir vor allem einer einzigen Frau zu verdanken: Die ungarische Biochemikerin Katalin Karikó wurde verhöhnt und verspottet, als sie an den Grundlagen zu forschen begann, welche die inzwischen entwickelten Impfstoffe erst ermöglichten. Die Forschungsgelder wurden ihr entzogen, und das Labor wurde geschlossen. Sie hat in einem eigenen, bescheidenen Labor weiter geforscht. Diese Frau hat die Pandemie gemeistert, nicht wir. Und wer hat die grösste Selbstaufopferung auf sich genommen, um das Leid jener zu mildern, die am stärksten betroffen waren? Das Pflegepersonal in den Spitälern und Altersheimen, die Lehrkräfte, die versuchten, den Kindern auch auf Distanz weiterhin so etwas wie Schule zu vermitteln, und all jene, welche die Kinder zu Hause betreuten. Das Homeschooling offenbarte, dass der Erfolg und die Lernwilligkeit der vereinsamten Schüler nicht vom vorhandenen oder nicht vorhandenen Computer abhängen, sondern vom Engagement der Lehrpersonen. Nicht die Kommunikationsfähigkeit der Maschinen ist entscheidend, sondern der Kommunikationswille der Menschen. Der grösste Schaden ist das verlorene Jahr für Kinder und Jugendliche. Ob Erwachsene in einem Jahr oder im nächsten oder nie mehr nach Thailand fliegen, ist letztlich egal, jedenfalls für ihre geistige Entwicklung. Aber was ein Kind mit neun Jahren nicht erlebt hat, kann es mit zehn Jahren nicht einfach nachholen. Zwei Bilder hat die Corona-Krise produziert: das des einsamen Kranken auf der Intensivstation, der an der Lungenmaschine um sein Leben kämpft, und das des Kindes, welches in häuslicher Isolation ebenso einsam an einem Bildschirm hängt. Zwei Vereinzelte, deren Verbindung mit dem Leben nur noch durch Geräte vermittelt ist. Die Pandemie ist, gerade weil sie sich derart tiefgreifend auch dem Leben der Gesunden, vor allem der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, aufprägte, womöglich etwas viel Gefährlicheres als ein blosses virologisches Geschehen. Sie ist durch die technologischen Mittel, mit denen sie bekämpft wurde, ein Menschenexperiment mit ungewissem Ausgang. Denn was haben wir in der Covid-Krise vor allem vermisst? Nicht fehlende Güter, sondern Kontakte, Zuwendung. Die Auswirkungen deren Fehlens kennen wir nicht. Es waren vor allem Frauen, welche die grösste Leistung erbracht haben, nämlich Menschenwürde, Zuneigung, Liebe und Achtsamkeit da zu geben, wo es besonders schwer war. Neben diesen Frauen waren es die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung, welche die Hauptlast an der Milderung der ökonomischen Schäden getragen haben: bei der Arbeitslosenversicherung, beim GSD, bei den für die Härtefälle verantwortlichen Abteilungen im FD. Wir von der Politik haben in unserer Grundaufgabe, nämlich einen konstruktiven politischen Diskurs zu führen, nicht nur innerhalb unserer Organe, sondern vielmehr mit der Bevölkerung, welche unsere Entscheidungen akzeptieren musste, eher versagt. Grund dafür, dass die Unzufriedenheit in der Bevölkerung so stark angestiegen ist, ist nicht einfach die Corona-Müdigkeit. Grund ist vielmehr die mangelnde Fähigkeit, die Bevölkerung nicht als Problem, sondern als Teil der Lösung zu sehen. Erst als die Unzufriedenheit der ökonomisch am stärksten betroffenen Bevölkerungsgruppen massiv gestiegen ist, hat die Regierung wenigstens mit den Branchenverbänden und den Sozialpartnern das Gespräch gesucht. Wer aber hat mit den Pflegeverbänden gesprochen, mit den Elternvereinigungen, dem Lehrpersonal, den

Seniorengruppen oder den Behindertenorganisationen? Die Politik hat nicht daran gedacht, dass all diese Gesellschaftsgruppen vielleicht andere, bessere Lösungsansätze für die Eindämmung der Pandemie anbieten könnten als die Politik. Wirklich funktionierende demokratische Gesellschaften fassen auf Dialog und Partizipation. Beidem hat sich die Politik verschlossen. Mit den Corona-Massnahmen wurden Grundrechte, durchaus zu Recht, massiv tangiert, ohne dass mit der Zivilgesellschaft dazu ein politischer Diskurs gesucht worden ist. Wenn die Politik jetzt sagt, es sei etwas passiert, was kaum jemand für möglich gehalten hat und sie sich nicht darauf habe vorbereiten können, so ist auch das falsch. Vor fast 25 Jahren, 2007, veröffentlichte der damalige Risikochef und heutige CEO der Swiss Re, eben dieser Herr Mumenthaler, zusammen mit 20 Kolleginnen und Kollegen der weltweit führenden Rückversicherer eine Studie, was passieren würde, wenn die Spanische Grippe von 1918 noch einmal ausbrechen würde. Der Bericht liest sich geradezu prophetisch. Aber niemand hat auf sie gehört. Es gab sie also, die Warner, aber man schenkte ihnen keinen Glauben. Dasselbe scheint sich mit der sich ankündigenden, noch viel grösseren Katastrophe, dem Klimawandel, zu wiederholen. Zu Beginn der Krise vertraute die Bevölkerung auf Expertisen. Mit weiteren Wellen aber wandelte sich das Bild. Das hat zu gefährlichen Polarisierungen und Verschiebungen geführt. Der scheinbar alternativlosen Expertenpolitik warf sich eine Gruppe wütender Gefühlspolitik entgegen. Hitzige Diskussionen haben sich hin zu verbaler Gewalt gewandelt und teilweise auch zu physischer. Die Politik hat den Dialog mit der Bevölkerung vernachlässigt und sich damit mehr geschadet, als ihr heute bewusst ist. Demokratie ist nicht einfach wissenschaftlicher Faktencheck. Wir haben in den Pandemie-Debatten selten um politische Werte wie Solidarität und Eigenverantwortlichkeit gerungen, sondern häufiger um Messwerte, um die Wirksamkeit von Restaurantschliessungen oder um die Aussagekraft von Inzidenzwerten – als sei alles gesagt, wenn die Wissenschaft gesprochen hat. Aus dem Bild gerückt ist das, was politische Konflikte eigentlich ausmacht: divergierende Werte, Interessen und Weltbilder. Die wachsende Bewegung der Wissenschaftsleugnung ist nur vorgeblich ein Wissens-, sondern eigentlich ein Wertekonflikt. Der Welt der Zahlen, der Logik und der Statistik fehlt das Anschauliche, das Subjektive. Ob bei Klima, Impfen oder Corona, die immer grösser werdende Fundamentalopposition gegen die Wissensgesellschaft ist letztlich ein Widerstand gegen die Abstraktion. Es reicht nicht, Massnahmen einfach zu erklären. Sie müssen partizipativ mit den Betroffenen erarbeitet werden, auch wenn das mühsam erscheint. Nur so werden sie auch von der Mehrheit über eine längere Periode getragen. Menschen, die mit den Folgen der Politik nicht fertig werden, werden einer Demokratie überdrüssig. Das Gefühl, unnötig zu werden, kann durchaus in Wut umschlagen, aber meistens in Entfremdung, und für eine Demokratie ist nichts fataler, als eine um sich greifende Gleichgültigkeit. Fühlt sich der Mensch einflusslos, wendet er sich ab und geht auf Distanz zur Politik. Die Krise hätte uns hier im Rat die Möglichkeit gegeben, unsere gewohnten Diskussionslinien entlang der Parteigrenzen aufzugeben und gemeinsam nach den besten Lösungen zu suchen, wie wir das Leid mindern oder wenigstens gerechter verteilen können. Ich glaube, wir haben das verpasst und alle zusammen in diesem Punkt versagt. Dabei hätten wir sehen können, dass wir viel mehr Gemeinsames als Trennendes haben. Die älteren von uns erinnern sich noch an die letzten Jahre des Wirtschaftswunders. Es gab Vollbeschäftigung, und jedes Jahr konnte sich die Bevölkerung mehr leisten. Jedes Jahr wurde mehr konsumiert. Keine der politischen Institutionen, so entgegengesetzt ihre Ideologien in dieser Zeit des kalten Krieges auch waren, stellte den jährlich steigenden Wohlstand infrage. Die politische Diskussion drehte sich einzig um die Verteilung des Wohlstandes. Dann kam 1972 das erste Erwachen: Der Club of Rome, eine weltweite Organisation von Naturwissenschaftlern und Ökonomen, veröffentlichte seinen ersten Bericht mit dem Titel «Die Grenzen des Wachstums». 1987 veröffentlichte dann die UNO den Brundtland-Bericht mit dem Titel «Unsere gemeinsame Zukunft», welcher ebenfalls eine nachhaltige Nutzung der Ressourcen forderte. Zwei Ideologien standen sich dann gegenüber: auf der einen Seite der Glaube an den grenzenlosen technologischen Fortschritt, auf der anderen die aufkeimende Ökobewegung. Hier der Homo Faber, da der Homo Sapiens. 1997 standen für den Transport von sechs

Güterwagen mit radioaktivem Material nach Gorleben 30 000 Polizisten im Einsatz, und ebenso viele Personen versuchten den Transport zu verhindern. Auch hier im Rat dürften die ideologischen Linien klar markiert gewesen sein: hier Wachstum, da Mässigung. Verfolgen wir jetzt unsere Debatten, haben wir einen Konsens, der beachtlich ist: Wir alle haben gelernt, dass jede Art von Ressourcen beschränkt ist, dass alles, was wir tun, einen Einfluss hat, der viel weiter geht, als dass wir es uns noch vor 30 Jahren vorstellen konnten. Geographisch: Ein kleines Virus aus einer chinesischen Provinzstadt bringt die Weltgemeinschaft in die grösste Krise seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Zeitlich: Das geplante Endlager für Atommüll soll für eine Million Jahre Sicherheit bieten. Unsere Handlungen überdauern unsere Vorstellung von Zeit und Raum. Spätfolgen können erst nach Jahrzehnten oder Jahrhunderten wirksam werden, und sie überschreiten Grenzen von Staaten und Kontinenten. Wir diskutieren im Rat nicht darüber, ob wir überhaupt eine Verantwortung für die Auswirkungen unseres Handelns übernehmen müssen, sondern wie wir sie wahrnehmen. Wir diskutieren nicht darüber, ob wir mit unseren Ressourcen verantwortungsvoll umgehen sollen, sondern darüber, wie wir heutige Bedürfnisse gegenüber jenen der kommenden Generationen abwägen. Wir sind uns darin einig, dass wir unseren Kindern verpflichtet sind, wir sind uns darin einig, dass unsere Kinder Rechte und damit Ansprüche haben, welche den Rechten und den Ansprüchen der Gegenwart gegenüber gleichberechtigt sind. Dass wir den kommenden Generationen verpflichtet sind, ist keine ökonomische Tauschbeziehung – ich gebe dir und du gibst mir –, sondern eine einseitige, ethische Beziehung. Wir verzichten auf den Konsum eines Gutes, damit Zukünftige dieses Gut auch konsumieren können. Wir alle haben eine gemeinsame Grundhaltung. Wir alle haben gelernt, dass wir Verantwortung tragen müssen. Wir sind uns bewusst geworden, dass nicht mehr die Umwelt den Menschen bestimmt, sondern der Mensch die Umwelt nach seinen Vorstellungen und Möglichkeiten formt mit all den negativen Auswirkungen, wie wir sie eben in aller Deutlichkeit zu spüren bekommen haben. Wir müssen uns klarmachen, warum wir das Klima schützen und die Umwelt retten wollen: Wir müssen die Natur nicht um ihrer selbst willen schützen, sondern weil sie uns ein Leben in Würde ermöglicht. Daraus leitet sich das Interesse ab, die Natur zu schützen. Eine Pflicht dazu haben wir tatsächlich nicht. Wir können uns fragen, ob es im Gesamtinteresse der Natur ist, dass es den Menschen gibt. Wir können uns fragen, ob es überhaupt ein Interesse der Natur gibt, als Natur zu überleben. Wahrscheinlich hat die Natur gar kein Interesse, sondern ist nur Sein. Aber es liegt in unserem menschlichen Interesse, dass wir in einer natürlichen Umwelt mit singenden Vögeln und summenden Bienen leben, die unser Leben reich und glücklich macht. Das Überleben der Natur sichert menschliches Überleben in menschlicher Würde. Wir schützen die Natur nicht um ihrer selbst willen, sondern damit der Mensch auch weiterhin in Würde und Freiheit leben kann. Das bedeutet, dass der Klimaschutz nur mit Mitteln der Demokratie vorangetrieben werden kann, denn alles andere liefe dem Freiheitsgedanken zuwider. Während der Pandemie kam die Diskussion auf, ob demokratische oder autokratische Staaten die Krise besser gemeistert haben. Demokratie lebt davon, dass man lernt, dass man hinterfragt. Sie ist ihrem Wesen nach unfertig und schliesst notwendig den Widerspruch mit ein. Wenn radikaler Schutz, sei es in der Bewältigung der Pandemie oder vor dem Klimawandel, den Verlust von Freiheit und Demokratie bedeutet, so haben wir nichts gewonnen. Wir müssen die politische Wahrheit immer neu erringen, begründen und wieder hinterfragen. Das macht die demokratische Argumentation mühsamer als die behauptete Allwissenheit totalitärer Weltbilder. Früher mussten die Begriffe Freiheit und Gleichheit ins Lot gebracht werden. Heute kommt der Begriff Nachhaltigkeit dazu. Sie tangiert Freiheit und Gleichheit. Es geht um den Kompromiss zwischen Freiheit, Gleichheit und Nachhaltigkeit, den wir aushandeln müssen. Versagen wir dabei, leiden alle drei Gleichgewichte zwischen Umwelt und Gesellschaft, zwischen Gesellschaft und freiem Individuum und zwischen Individuum und Umwelt. Die Pandemie hat dies deutlich vorgezeigt. Demokratie ist eine Balance zwischen diesen drei Polen. Ihre Qualität hängt von möglichst klugen, aber nie ganz stimmigen Justierungen des Machbaren ab. Die Klimaerwärmung fordert beispiellose Veränderungen in sämtlichen Bereichen der

Gesellschaft, einen Wandel im menschlichen Verhalten und in den Lebensstilen. Demokratie ist die einzige Staatsform, in der sich Bürgerinnen und Bürger letztlich selbst Gebote und Verbote auferlegen können. Die neue Herausforderung spricht nicht für weniger, sondern für mehr Demokratie. In den ersten Monaten nach dem Auftreten des Virus griffen die Regierungen ein, um der Krisen zu begegnen. Sie beschlossen Massnahmen zum Schutz von Wirtschaft und Arbeitsplätzen, sie beschlossen Regeln, um die Ausbreitung der Krankheit zu verlangsamen, und investierten in Forschung und Entwicklung von Behandlungsmethoden und Impfstoffen. Diese Rettungsmassnahmen waren notwendig. Es sollte aber nicht sein, dass immer erst dann, wenn Krisen ausbrechen, der Staat als finanzieller Nothelfer in Erscheinung treten muss. Wir haben ein Wirtschaftssystem, in dem Risiken und Verluste sozialisiert werden, Gewinne aber privatisiert. In Zeiten der Not zögern viele Unternehmen nicht, nach staatlicher Unterstützung zu rufen, in guten Zeiten aber soll der Staat sich heraushalten und möglichst wenig am Gewinn teilhaben. Wenn wir uns aus der gegenwärtigen Krise herausarbeiten, können wir mehr tun, als das Wirtschaftswachstum erneut zu stimulieren. Wir können dieses Wachstum dahingehend steuern, dass eine bessere Volkswirtschaft entsteht. Statt Unternehmen bedingungslos unter die Arme zu greifen, können wir unsere Rettungsmassnahmen so konditionieren, dass diese auch dem öffentlichen Interesse und der Lösung gesellschaftlicher Probleme dienen. Wir könnten mit Staatsmitteln gerettete Unternehmen verpflichten, das öffentliche Interesse stärker zu berücksichtigen, und könnten die Allgemeinheit an den Erfolgen teilhaben lassen, die herkömmlicherweise allein der Privatwirtschaft zugutekommen. Wenn wir uns jedoch nur auf die Beendigung der gegenwärtigen Schwierigkeiten konzentrieren, ohne die Spielregeln neu zu fassen, wird das auf die Krise folgende Wirtschaftswachstum weder integrativ noch nachhaltig sein. Das staatliche Eingreifen wird sich als Vergeudung erweisen und die verpasste Gelegenheit lediglich der nächsten Krise den Weg bereiten. Wenn es um die Erholung von der Pandemie geht, sprechen manche von einer Rückkehr zur Normalität. Das klingt gut, ist aber das falsche Ziel. «Normal» funktioniert nicht mehr. Das Ziel sollte vielmehr lauten, es künftig besser zu machen. Vor zwölf Jahren eröffnete die Finanzkrise unverhofft die Chance, unsere marktwirtschaftliche Ordnung grundlegend zu verändern, doch sie wurde vertan. Jetzt bietet eine andere Krise wiederum die Chance der Erneuerung. Diesmal kann es sich die Welt nicht leisten, sie zu vergeuden. Mit diesen Gedanken auf das Finanzergebnis des vergangenen Jahres schauend, könnten wir dies als Chance sehen, unsere Verantwortung für die kommenden Generationen wahrzunehmen und in eine Transformation hin zu einem nachhaltigen Gesellschaftsmodell zu investieren. Wir werden auf den Jahresbericht eintreten und dem darin geschilderten Sachverhalt zustimmen und hoffen, dass die Erfahrungen des vergangenen Jahres uns für die viel grösseren Gefahren des Klimawandels sensibilisiert haben.

Für die GLP-Fraktion spricht Riccarda Schaller.

Riccarda Schaller: Manchmal kommt es anders, als man denkt, zum Beispiel im Jahr 2020. Zuerst ist da die Pandemie: Sie hat im Kleinen und im Grossen viele Leben verändert und beeinflusst. Ich denke an das Homeschooling, während ich gleichzeitig Teamsitzungen hatte, an die leeren Strasse im Lockdown, das Einkaufen für die Ü75-Bekannten, den historischen Einsatz der Schweizer Armee, Bilder übernachteter und überarbeiteter Pflegerinnen und Pfleger und Medizinerinnen und Mediziner und die Existenzängste in vielen Branchen. Ich höre von mehr häuslicher Gewalt nach den Schulschliessungen, Jugendlichen mit Depressionen usw. Diese Liste der Auswirkungen könnte man fast endlos verlängern. Corona hat Unmögliches möglich gemacht, im Positiven und im Negativen. Und es ging immer um Menschen und um Existenzen, darum gab es Emotionen, darum sind die Leute auf die Strasse gegangen, und darum kam es zu Spannungen. In diesem Kontext versuchten Bund und Kantone das Schiff irgendwie über Wasser zu halten. Auch der Kantonsrat, die Regierung und die Kantonsverwaltung haben im Ausnahmezustand funktioniert. Corona hat die Agenda 2020 dominiert und viele laufende Projekte und Tätigkeiten übersteuert. An dieser Stelle möchte ich im Namen der GLP-Fraktion der Regierung, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und allen, welche sich für die Bewältigung

der Corona-Krise eingesetzt haben, herzlich danken, besonders natürlich all jenen, die es verstanden haben, ein Maximum an Flexibilität, Transparenz, Pragmatismus und Empathie an den Tag zu legen. Wir hätten uns manchmal mehr Dialogorientierung, eine aktivere Kommunikation und mehr Offenheit, Menschenorientierung und Transparenz im Krisenmanagement gewünscht. Transparenz ist die Basis für das Vertrauen. Alles in allem sind wir mit einem blauen Auge davongekommen, vor allem dank der raschen Entwicklung und Zulassung der nötigen Impfstoffe. Auch finanziell ist es anders gekommen, als wir gedacht haben. Der Kanton schliesst im Jahr 2020 mit einem Plus von gut 212 Millionen Franken ab. Das sind 200 Millionen mehr, als wir budgetiert haben. Die Gründe dafür sind bereits genannt worden. Mit Blick auf den Jahresbericht möchte ich aber vier Punkte hervorheben, bei denen die GLP Handlungsbedarf sieht. Erstens: Die Investitionsziele 2020 konnten nicht erreicht werden. Die GLP bedauert dies wie die anderen Parteien und unterstützt die Vorstösse, die sicherstellen wollen, dass wir hier in Zukunft gute Lösungen finden werden. Zweitens: In verschiedenen Departementen zeigen sich Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Fachkräften. Der Fachkräftemangel könnte zu einem grossen Problem für den Kanton werden und muss dringend aktiv angegangen werden. Die GLP fordert den Regierungsrat auf, sich aktiv um eine Positionierung als attraktiven und modernen Arbeitgeber auf dem Platz Luzern zu kümmern. Das Problem ist aber noch tiefgreifender. Speziell im Gesundheitswesen zeichnet sich ein enorm grosser Fachkräftemangel ab. Ohne Anstrengungen für bessere Arbeitsbedingungen und die Nutzung neuer Technologien und Entwicklungen werden sich die Herausforderungen wohl nicht meistern lassen. Es geht nicht nur um den monetären Lohn, es geht darum, dass sich die Lebens- und Arbeitsbedürfnisse der Menschen verändert haben und Technologien neue Lebensarten möglich machen. Diesen Bedürfnissen müssen die zukünftigen Arbeitsbedingungen Rechnung tragen. Drittens: Es ist uns auch ein Anliegen, dass die Governance-Standards für den Kanton noch einmal genau angeschaut und diskutiert werden. Die GLP ist der Meinung, dass es Transparenz braucht und dass bei der Besetzung von Gremien, wo Interessenkonflikte vorkommen könnten, solche vermieden werden müssen. Viertens: Die finanzielle Ausgangslage des Kantons ist gut, dies dank einmaliger Beiträge. Wir stellen uns auch die Frage, ob ohne die aussergewöhnlichen Einnahmen die Schuldenbremse in der Krise hätte eingehalten werden können. Ist unsere Schuldenbremse krisentauglich, oder braucht sie eventuell eine stärkere Ausrichtung auf Konjunkturzyklen? Diese Fragen will die GLP zur Diskussion stellen. Es ist wichtig, dass man Lehren aus der Pandemie zieht. Wir sollten darum nicht einfach zurück in den Courant normal, damit wir bereit sind, wenn es das nächste Mal anders kommt als geplant. Die GLP wird auf die Botschaft B 72 A und B eintreten und gemäss den Anträgen der PFK zustimmen respektive Kenntnis nehmen.

Adrian Nussbaum: Ich erlaube mir, unser Erstaunen zum Ausdruck zu bringen, wie viele schlechte Botschaften man zu anderen Themen bei diesem Traktandum anbringen kann. Ich frage mich, was Urban Frye bezwecken will, wenn er beim Traktandum Jahresbericht 2020 im Sinn einer Bergpredigt über Eventualentwicklungen der Pandemie spricht, eine volkswirtschaftliche Schadensbeurteilung vornimmt, das Vollversagen der Politik predigt, unserem Rat Ideologie unterstellt, unsere Demokratie infrage stellt und uns fehlende Verantwortung unterstellt. Der Jahresbericht zeigt ein finanziell gutes Bild des Jahres 2020. Was die 22-minütige Predigt zum Hätte und Wäre mit dem Traktandum 3 zu tun hat, weiss ich nicht. Nicht zuletzt behaupten Sie, man hätte die Pandemie voraussehen können. Apropos Prophezeiungen: Die SP und die Grünen haben in diesem Rat jahrelang prophezeit, dass der Kanton Luzern finanzpolitisch mit Vollgas in die Wand fahre. Dies ist nicht eingetreten. Die Sparmassnahmen der letzten Legislatur nennen Sie Abbauprogramm, Sie verschweigen dabei aber, dass die meisten davon korrigiert wurden oder keinen nachhaltigen Effekt hatten. Ich bin beruhigt, dass Michael Ledergerber beim Jahresbericht wieder das gewohnte Gesicht betreffend die Wirtschaftspolitik unseres Kantons zeigt. In den letzten zwölf Corona-Monaten hätte man schon fast meinen können, dass Sie im KMU-Inhaber einen neuen potenziellen Wähler erkennen. Heute sehen Sie im KMU-Inhaber wieder einen Profiteur, welcher auf Kosten des Normalbürgers lebt. Die CVP sieht das

anders. Bitte beachten Sie, dass auch die Steuereinnahmen der juristischen Personen im Jahr 2020 gestiegen sind. Der KMU-Inhaber ist für uns in erster Linie derjenige, welcher die Arbeitsplätze für unsere Bürgerinnen und Bürger sicherstellt. Ich frage mich, wem das gebetsmühlenartige Schlechtreden unseres Kantons etwas bringt, dem Kanton Luzern sicher nicht und seiner Bevölkerung ganz sicher auch nicht.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Ich möchte mich für die Eintretensvoten der Fraktionen herzlich bedanken und bitte Sie um Verständnis, dass ich nicht auf alle geäußerten Punkte eingehen kann. Ein Jahresabschluss ist immer ein Zwischenhalt. Das gilt auch für den Jahresabschluss 2020. Es ist auf der einen Seite ein Blick zurück, auf der anderen Seite gibt es auch die Möglichkeit, einen Blick nach vorne zu werfen. Das Jahr 2020 war äusserst anspruchsvoll, vor allem geprägt durch zahlreiche Unsicherheiten. Ich bin mit Ihnen einverstanden, dass wir auch etwas Glück hatten. Ich denke insbesondere an die unerwartet hohe Ausschüttung der SNB, die uns in dieser schwierigen Zeit tatsächlich stark unter die Arme gegriffen hat. Wir dürfen aber auch feststellen, dass die Luzerner Wirtschaft insgesamt erfreulich stabil ist und ein insgesamt sehr resilientes Bild zeigt. Damit will ich auf keinen Fall darüber hinwegtäuschen, dass es einzelne Branchen gibt, die natürlich im vergangenen Jahr hart getroffen wurden und nach wie vor in einer äusserst anspruchsvollen Situation sind. Wir haben jetzt den dritten erfreulichen Abschluss in Folge, und dies stellt eine erfreulich gute Basis für die Zukunft dar. Wir sind in der Lage, die geplanten und bevorstehenden Investitionen in verschiedene grosse Projekte mit Zuversicht anzugehen und diese auch zu stemmen. Wir sind aber auch gut vorbereitet auf die im Zusammenhang mit Corona nach wie vor vorhandenen Unsicherheiten und verfügen über die nötige Basis, um diesen ruhig und besonnen begegnen zu können. Zur angesprochenen Frage bezüglich der nicht getätigten Investitionen in verschiedenen Bereichen werden wir anschliessend bei der Beantwortung der Anfrage A 557 näher darauf zurückkommen. Ich möchte an dieser Stelle die geäußerte Aussage zur Prämienverbilligung nicht so stehen lassen. Die Luzerner Regierung ist klar der Ansicht, dass wir die Bundesvorgaben bezüglich Prämienverbilligung aktuell einhalten. Die Personalthematik ist tatsächlich ein Thema. Es ist korrekt, dass wir in diesem Bereich gefordert sind. Wir haben in der Vergangenheit diverse Massnahmen ergriffen, und wir sind uns auch bewusst, dass das ein dauernder Prozess ist und wir diesbezüglich auch zukünftig noch gefordert sind, unsere Position als attraktiven Arbeitsgeber weiterhin zu festigen. Bezüglich Public Corporate Governance (PCG) sind wir ungewollt in den Genuss einer guten Untersuchung gekommen, und diese hat uns gezeigt, dass das PCG-Regelwerk im Kanton Luzern auf einem erfreulich guten Niveau ist. Wir können diesbezüglich weiterhin Verbesserungen anbringen, und die Regierung hat ihre Bereitschaft dazu bereits signalisiert. Die Schuldenbremse ist ein sehr wichtiges Instrument, sie ist aber vor allem ein Instrument, das in schwierigen Zeiten Bestand haben muss. Es kann nicht sein, dass sie in anspruchsvollen Phasen zu einem Feigenblatt verkommt. Ich möchte der PFK abschliessend für die gute Diskussion in der Kommission danken. Ihrem Rat danke ich für das Eintreten und die anschliessend Zustimmung zu den Anträgen der Regierung.

Der Rat tritt auf die Vorlage ein.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Jahresberichtes 2020, wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 114 zu 0 Stimmen zu.